



George G. Szpiro

Die verflixte Mathematik der Demokratie

 Springer

Verlag Neue Zürcher Zeitung

Die verflixte Mathematik der Demokratie

George G. Szpiro

Die verflixte Mathematik der Demokratie

Aus dem Englischen von Markus Junker

 Springer

Verlag Neue Zürcher Zeitung

George G. Szpiro
Neue Zürcher Zeitung
Hayarmuk St. 3
91060 Jerusalem
Israel
g.szpiro@nzz.ch

Übersetzer

Markus Junker
Universität Freiburg
Mathematisches Institut
Abt. Mathematische Logik
Eckerstr. 1
79104 Freiburg
Deutschland
junkер@mathematik.uni-freiburg.de

ISBN 978-3-642-12890-5 e-ISBN 978-3-642-12891-2
DOI 10.1007/978-3-642-12891-2
Springer Heidelberg Dordrecht London New York

Die englische Ausgabe ist unter dem Titel *Numbers Rule, The Vexing Mathematics of Democracy, from Plato to the Present* bei Princeton University Press 2010 erschienen.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Mathematics Subject Classification (2010): 97 XX, 00-XX, 01 XX, 90 XX

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2011

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Einbandentwurf: deblik

Gedruckt auf säurefreiem Papier

Springer ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Lizenzausgabe für die Schweiz:
Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2011
ISBN 978-3-03823-521-7

www.nzz-libro.ch
NZZ Libro ist ein Imprint der Neuen Zürcher Zeitung

Vorwort

Ich freue mich, dass „Die verflixte Mathematik der Demokratie“ kaum ein Jahr nach dem Erscheinen in Amerika auch Lesern auf Deutsch zugänglich gemacht werden kann.

Ich möchte hier vor allem Markus Junker von der Albert–Ludwigs–Universität in Freiburg für die sorgfältige Übersetzung danken. Im weiteren bin ich Friedrich Pukelsheim von der Universität Augsburg, der das gesamte Manuskript durchlas und viele Korrektur– und Verbesserungsvorschläge machte, zu großem Dank verpflichtet. Für alle verbliebenen Fehler bleibe jedoch ich verantwortlich. Im Weiteren danke ich Herrn Martin Peters und Frau Ruth Allewelt vom Springer-Verlag für das Vertrauen und die Unterstützung.

Gewidmet ist dieses Buch meiner Tochter Sarit und ihrem Mann Nir zu Beginn des neuen Kapitels in ihrem Leben.

Jerusalem, im Oktober 2010

Inhaltsverzeichnis

1	Der Anti-Demokrat	1
2	Der Briefeschreiber	21
3	Der Mystiker	31
4	Der Kardinal	47
5	Der Marineoffizier	57
6	Der Marquis	69
7	Der Mathematiker	85
8	Der Oxford-Dozent	95
9	Die Gründungsväter	111
10	Die Streithähne	125
11	Die Pessimisten	153
12	Die Quotarien	173
13	Die Postmodernen	187
	Literaturverzeichnis	199
	Sachverzeichnis	203

Kapitel 1

Der Anti–Demokrat

Platon, der Sohn von Ariston und Periktione, wurde von seinen Bewunderern zum größten der griechischen Philosophen erhoben und von seinen Gegnern als der schlimmste Anti–Demokrat geschmäht. Er war Sokrates' glänzendster Student. Er widmete sein Leben dem Studium und der Lehre, er erforschte die Bedeutung des Lebens, untersuchte die Natur der Gerechtigkeit und sann darüber nach, wie man ein besserer Mensch wird.

Möglicherweise war sein eigentlicher Name „Aristokles“, und „Platon“, was „breit“ bedeutet, war vielleicht nur ein Spitzname, den er aufgrund seiner breiten Stirn oder seiner breitgefächerten intellektuellen Betätigungen bekam. Er wurde 427 v. Chr. in Athen oder nahebei geboren. Platon hatte zwei Brüder, Glaukon und Adeimantos, und eine Schwester, Potone. Sein Vater starb, als er noch ein Kind war, und seine Mutter heiratete daraufhin ihren Onkel Pyrilampes, mit dem sie einen weiteren Sohn bekam, Platons Halbbruder Antiphon. Platon erhielt eine erstklassige Ausbildung in Turnen, Musik, Dichtkunst, Rhetorik und Mathematik und versuchte sich als Bühnenschriftsteller. Später, nachdem er mehr über Dichtung gelernt hatte, verbrannte er aber alle seine Stücke.

Den intellektuell neugierigen jungen Mann zog es wie viele seinesgleichen in den Kreis der Studenten um den Philosophen Sokrates. Da gab es die besten Darbietungen in der Stadt, mit Sicherheit interessanter als die ermüdenden Sitzungen der Volksversammlung, des Rates oder der Gerichte. Viele Söhne Athener Aristokraten strömten zu dem Philosophen, der ihnen beibrachte, wie man richtig zu denken und zu argumentieren hatte. Sokrates sah sich selbst weniger als einen Lehrer, der eigene Meinungen und Wahrheiten verbreitete, sondern verglich sich mit einer Hebamme, wie seine Mutter es gewesen war, da er seinen Schülern half, das Wissen an den Tag zu bringen, das bereits in ihnen lag, aber ihrem Bewusstsein noch verborgen war. Seine Methode ist nach wie vor als „Sokratische Methode“ bekannt und besteht darin, die Gesprächspartner in ein von der Vernunft geleitetes Gespräch zu verwickeln, in dem sie selbst durch Fragen und Antworten am Ende unweigerlich die richtigen Schlussfolgerungen herausbekommen. Seine didaktische Methode führte einerseits dazu, dass seine Schüler in kurzer Zeit eine Menge lernten, aber andererseits auch dazu, dass er nie etwas aufschrieb. Sowohl Sokrates als auch seine Schüler zögerten,

ihre Gedanken einem Papyrus anzuvertrauen. Sie schätzten zwar festgeschriebene Wörter für die Übermittlung von Informationen, hielten sie aber für ungeeignet, um tiefste Gedanken auszudrücken. Außerdem würde Geschriebenes den Autor nur dem Neid und der Kritik anderer ausliefern. Sokrates, dieser großartige Mensch, wäre der Nachwelt vielleicht unbekannt geblieben, hätte Platon nicht die Worte seines Lehrers nach dessen Tod aufgeschrieben. Er gab Sokrates' Lehren in Dialogen wieder, um seinem gesprochenen Wort möglichst treu zu bleiben. Darin führt ein weiser Mensch, üblicherweise Sokrates selbst, seine Gesprächspartner durch eine spitzfindige Untersuchung bis hin zur unausweichlichen Wahrheit.

Im Jahre 399 v. Chr., als Platon 28 Jahre alt war, wurde sein verehrter Lehrer Sokrates vor Gericht gebracht unter der Anklage, Atheismus verbreitet und die Jugend verdorben zu haben. Die Obrigkeit stand Sokrates' Aktivitäten nicht wohlwollend gegenüber: Wenn die Jugend anfängt selbst zu denken, kann dies für die aktuellen Machthaber gefährlich werden. Sokrates verteidigte sich geistreich und beschämte seine Ankläger durch Sarkasmus und feine Ironie. Sein Schicksal war aber bereits besiegelt. Bei der Festlegung des Urteils stimmten 280 der 501 Geschworenen für die Todesstrafe. Platon verfolgte die Gerichtsverhandlungen und schrieb später Sokrates' Verteidigungsrede nieder. Als aber die Todesstrafe an dem verurteilten Philosoph vollzogen wurde — er musste einen Becher Schierling trinken —, fehlte Platon wegen einer angeblichen Unpässlichkeit. (Dies hinderte ihn aber nicht daran, bis ins kleinste Detail zu beschreiben, wie das Gift von Sokrates' Körper Besitz ergriff.)

Wir wissen, dass Platon die Demokratie verachtete. Allerdings ging es um eine andere Art der Demokratie als diejenige, an die wir gewöhnt sind. Schließlich war die Athener Staatsform und damit die politische Umgebung, in der Sokrates zum Tode verurteilt wurde — vor einem ordentlichen Gericht und durch eine ordnungsgemäße Abstimmung mit einer klaren Mehrheit der Geschworenen — eine Demokratie. Wie konnte es darin zu einer so offensichtlichen Ungerechtigkeit kommen? Irgendetwas in dem System konnte nicht stimmen. Offensichtlich, zumindest für Platon, waren normale Menschen nicht geeignet um zu regieren und Recht zu sprechen. Also war *Demokratie*, die Herrschaft des Volkes (*demos*), eine minderwertige Regierungsform. Gründlich angewidert von dem herrschenden Regime setzte sich Platon ernüchert zum Ziel, eine bessere Form des Gerichtswesens und der Regierung zu entwickeln. Das Ergebnis seiner Untersuchungen legte er in einem wegweisenden Werk nieder, der *Politeia*, was ins Lateinische als *De Re Publica* und ins Deutsche als *Der Staat* übersetzt wurde. Es ist die allererste Abhandlung über politische Philosophie überhaupt und inspiriert seit zweieinhalb Jahrtausenden die Politikwissenschaften. Allerdings waren seine Vorstellungen von einer geeigneten Staatsverwaltung noch nicht ganz durchdacht. Zum Beispiel werden in *Der Staat* nirgendwo Wahlen und Abstimmungen erwähnt (siehe den Anhang zu diesem Kapitel Seite 14).

Mehrere Anläufe zur Umsetzung seiner Theorie, indem er Diktatoren und Tyrannen als Ratgeber diente, schlugen fehl (siehe biografischer Anhang Seite 18). Enttäuscht und gründlich entmutigt machte sich Platon an die Überarbeitung seiner Theorie. Anscheinend war das theoretische Gemeinwesen, wie er es in *Der Staat* ins

Auge fasste, weniger praktikabel als erhofft. Falls seine Lehre eine Wirkung haben sollte, so war eine umfangreiche Überarbeitung erforderlich. Sein letztes Manuskript, das mit seinem Tod im Alter von 80 Jahren im Jahre 347 v. Chr. unvollendet blieb, trägt den Titel *Gesetze*. Es besteht aus zwölf Büchern und ist die längste und praxisorientierteste seiner Arbeiten. In diesem Werk hat Platon eine realistischere, wenn auch immer noch utopische Regierungstheorie entworfen. Diesmal bemerkt er, dass man ohne Auswahlprozesse nicht auskommt, und spricht ausführlich über Wahlen und Abstimmungen.

Die *Gesetze* geben ein Gespräch zwischen drei Männern wieder, die über die Insel Kreta wandern. Sie befinden sich auf einer Wallfahrt zum Zeustempel; ihr Gespräch nimmt einen ganzen Tag in Anspruch. Sie haben einen langen Weg vor sich; von Zeit zu Zeit rasten sie unter hohen Bäumen auf schattigen Plätzen, ohne ihr Gespräch zu unterbrechen. Einer der Männer, Megillos, stammt aus Sparta. Ein weiterer, Kleinias, ist von der Stadt Knosos entsandt, um auf einem abgelegenen Teil der Insel eine neue Kolonie, Magnesia, zu gründen. Er ersucht um Rat, wie die neue Stadt zu organisieren sei. Der dritte Mann schließlich, der weise „Fremde aus Athen“ — Sokrates oder Platon selbst — ist nur zu glücklich der Bitte zu entsprechen. Er erläutert die soziale Struktur, das Aussehen der Stadt und die Gesetze, die in der neuen Stadt gelten sollten. Diesen Austausch ein Gespräch, einen Dialog oder besser Trialog zu nennen, wäre allerdings eine Übertreibung. Platon gesteht Kleinias und Megillos lediglich zu, von Zeit zu Zeit „gewiss“, „das ist freilich wahr“, „beim Zeus“ oder „o.k.“ zu äußern (nun ja, vielleicht nicht gerade „o.k.“, aber etwas in dieser Art).

Der erste Ratschlag des Atheners besteht darin, dass die Stadt aus genau 5.040 Haushalten bestehen sollte. Dabei würde ein durchschnittlicher Haushalt etwa zehn Personen umfassen: ein Ehepaar mit zwei oder drei Kindern, ein bis zwei zu versorgende ältere Verwandte und ein paar Sklaven. Der ideale Stadtstaat würde also etwa 50.000 Einwohner haben. Warum gerade 5.040 Haushalte? Der Athener behauptet, dies sei eine „brauchbare Zahl“. Und das stimmt: Sie kann durch alle Zahlen bis zehn geteilt werden und auch durch 12, 14, 15, 16 und einige weitere Zahlen. Insgesamt hat sie 59 echte Teiler. Dies erweist sich als sehr praktisch, so der Athener, wenn die Bevölkerung eingeteilt werden muss und wenn Vermögen oder Arbeit zu verteilen ist, zum Beispiel, wenn Einnahmen ausgeschüttet oder Steuern erhoben werden. Natürlich muss die Zu- und Abwanderung streng kontrolliert werden um die Anzahl der Haushalte unverändert zu lassen. (Platon sagt übrigens nicht viel darüber, was passieren soll, wenn Kinder groß werden und ihren eigenen Haushalt gründen wollen.)

Im Stadtzentrum sollten die Einwohner die Akropolis errichten mit einem Tempel, der Zeus, Hestia und Athene geweiht ist. Um die Akropolis wäre eine Ringmauer zu bauen und außerhalb dieser Umfassung sollten zwölf nach außen weisende Stadtteile angelegt werden wie Kuchenstücke ohne Spitze, die von zwölf Stämmen mit jeweils 420 Haushalten besiedelt werden sollen. (Hier klingt es fast, als habe Platon eine Seite aus dem Alten Testament abgeschrieben.) Jeder der 420 Haushalte würde zwei Stücke Land innerhalb seines Stadtteils bekommen: eines in der Nähe der Akropolis zum Wohnen, das andere im Außenbereich zur landwirtschaftlichen

Nutzung. Je näher ein Wohnungsgrundstück am Stadtzentrum liegt und je begehrt es daher ist, desto weiter entfernt sollte das landwirtschaftliche Grundstück sein, und umgekehrt. Ein karges Stück Ackerland sollte groß, ein fruchtbares klein sein. Alles sollte präzise und mathematisch gerecht zugeteilt werden. Die Grundstücke sollten den Haushalten aber nur verpachtet werden und ewiges Eigentum der Stadt bleiben. Die jeweiligen Besitzer dürften sie weder zusammenführen, noch aufteilen oder verkaufen. Erinnert Platons virtueller Staat nicht an SimCity[®], dieses ungeheuer populäre Computerspiel, in dem Spieler eine Stadt nach Lust und Laune gestalten können?

Privateigentum wäre gestattet, sollte aber streng kontrolliert werden. Ein Haushalt sollte als Existenzminimum über die beiden zu Anfang zugeteilten Grundstücke verfügen, mit denen der Haushalt ernährt werden könnte. Weniger wäre unzureichend und kein Herrscher würde es zulassen, dass ein Haushalt unter die Armutsschwelle sinkt. Andererseits könnten manche Haushalte durch geschicktes Handeln, besondere Begabungen oder auch durch reines Glück zu zusätzlichem Reichtum kommen. Ihnen wäre es gestattet, bis zu viermal so viel wie ihre ärmsten Mitbewohner zu besitzen. Über die Besitztümer aller Bewohner würde von der Obrigkeit peinlich genau Buch geführt und danach die Steuer bemessen werden. Für die Haushalte gäbe es vier Vermögensklassen. Jeder, bei dem mehr als der erlaubte Besitz oder nicht deklariertes Eigentum festgestellt würde, müsste dies an den Staat abführen und darüberhinaus eine Strafe zahlen, die zum Teil als Belohnung dem guten Bürger zugute käme, der den Betrüger anzeigte. Platon sieht sowohl Vermögens- als auch Einkommensteuern vor, wobei der Staat jedes Jahr entscheidet, welche von beiden eingezogen wird. Die Steuereinnahmen werden für Verwaltungskosten, Militärausgaben, Tempelbau und gemeinsame Mahlzeiten eingesetzt.

Das Familienleben müsste streng geregelt werden, denn ein Herrscher, der „das Privatleben [der Bürger] ohne gesetzliche Bestimmungen gelassen hat [. . .], der geht in seiner Absicht fehl“.¹ Denn, wie der Fremde aus Athen bemerkt, es ist „bei den Menschen alles von einem dreifachen Bedürfnis und Begehren abhängig [. . .] Das sind sogleich nach der Geburt Essen und Trinken“, als drittes und stärkstes Bedürfnis aber „das Verlangen nach Fortpflanzung des Geschlechtes“. Wenn das dritte Bedürfnis nicht in Zaum gehalten werde, breche mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Chaos aus. Männer und Frauen müssten verheiratet werden und hätten „möglichst schöne und gute Kinder“ zu zeugen, nicht weil sie es wünschen, sondern als eine Pflicht dem Staat gegenüber. Und obwohl nicht durch Gesetze festgeschrieben werden sollte, wer wen heiraten dürfe, sollte doch jeder „die Ehe eingehen, die dem Staat nützt, und nicht die, die ihm selbst am meisten behagt“. Das beste Heiratsalter für Mädchen wäre zwischen sechzehn und zwanzig, für Männer zwischen dreißig und fünfunddreißig. Jeder Mann, der mit fünfunddreißig noch unverheiratet wäre, müsste jährlich eine Junggesellenstrafe zahlen, „damit er nicht glaubt, sein lediges Leben bringe ihm Gewinn oder Erleichterung“. Dies ist weniger lächerlich, als es klingt. Heutzutage gibt es vielerorts Steuererleichterungen für Verheiratete und kinderreiche Familien, was letztendlich auf das Gleiche hinausläuft

¹ Zitate nach Platon „Gesetze“, übersetzt von Klaus Schöpsdau, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1977.

wie eine Junggesellensteuer. Ehepaare, die nach zehn Jahren kinderlos blieben, sollten sich scheiden lassen. Wenn sie es nicht taten, sollten erst Ermahnungen und dann Drohungen sie davon überzeugen, auch hier den Gesetzen der Stadt zu gehorchen.

Nachdem die Verhaltensregeln und -formen entschieden sind, steht als nächstes die Frage an, wie die Stadt zu leiten ist und wie die Verwalter zu wählen sind. Im Gegensatz zu *Der Staat*, in dem diese Fragen zum größten Teil übergangen werden, werden sie in *Gesetze* ausführlich behandelt. Im sechsten Buch lässt Platon seinen Fremden aus Athen zum ersten Mal auf die Wahl der Beamten zu sprechen kommen: „Nach all dem eben Gesagten hättest du nun wohl die Einsetzung von Beamten für den Staat vorzunehmen.“

Die drei Gewalten — Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung — waren in Athen damals durch drei Institutionen vertreten: die Volksversammlung, den Rat der 500 und die Volksgerichte. Bedeutende Angelegenheiten wie der Erlass von Verordnungen, die Wahl wichtiger Beamter und die Annahme von Gesetzen wurden in der Volksversammlung behandelt. Sie tagte zehn Mal pro Jahr; in späteren Zeiten wurde die Häufigkeit auf vierzig Mal pro Jahr erhöht. Jeder angesehene Bürger — männlich, älter als zwanzig und ohne Schulden an den Staat — durfte daran teilnehmen, und tatsächlich kamen oft Tausende zusammen. Waren Entscheidungen zu treffen, etwa eine Kriegserklärung oder die Einbürgerung eines Ausländers, so mussten die Anwesenden abstimmen. Die Stimmabgabe erfolgte durch Handzeichen, für die Entscheidungen reichte jeweils eine einfache Mehrheit. Weil oft viele Bürger anwesend waren, wurde die Anzahl der erhobenen Hände nach Augenmaß geschätzt.

Da man annahm, dass Entscheidungen der Volksversammlung den Willen des Volkes ausdrückten, wurden sie von keiner höheren Autorität überprüft. Die Volksversammlung war also per Definition unfehlbar. Falls es dennoch zu fehlerhaften Entscheidungen kam, so konnte es nur sein, dass die Bürger in die Irre geführt worden waren. Offensichtlich war Athens Vertrauen in das Allwissen und die Unfehlbarkeit seiner Bürger weit entfernt von Platons *Der Staat*, in dem den einfachen Leuten die Fähigkeit zum Denken und Entscheiden völlig abgesprochen wird.

Weniger bedeutend und mit weniger Macht ausgestattet als die Volksversammlung, aber dennoch unverzichtbar, war der Rat der 500. Seine Aufgabe bestand in der Vorbereitung der Gesetzgebung. Der Volksversammlung konnte kein Vorhaben vorgelegt werden, wenn es nicht vorher vom Rat geprüft wurde. Diese Institution spielte also eine wichtige Rolle bei der Erstellung der Tagesordnung für die Volksversammlung. Die Mitglieder des Rates der 500 wurden jährlich durch Los bestimmt. Sie wurden also nicht von ihren Mitbürgern für ihren Dienst bestimmt, sondern von den Göttern. Die Dienstzeit dauerte ein Jahr; allerdings konnte jemand mehrmals in seinem Leben ausgelost werden.

Die soziale Ordnung der Stadt wurde hauptsächlich durch die Volksgerichte gewährleistet. Schwurgerichte mit mindestens 201 Männern für Privatprozesse und mindestens 501 für öffentliche Prozesse wurden per Los aus einer Menge von 6.000 Geschworenen zusammengesetzt, die selbst wiederum per Los ausgewählt worden waren. Vor Gericht verhandelte Fälle, wie das Todesurteil über Sokrates, wurden als schwerwiegender betrachtet als die alltäglicheren Angelegenheiten der Volksver-

sammlung, und so wurden größere Anforderungen an die Seriosität der Geschworenen gestellt als an die der Volksvertreter. Daher mussten sie mindestens dreißig Jahre alt sein. Bevor sie einen Fall anhörten, mussten sie außerdem beedigen, dass sie ein ehrliches Urteil fällen würden. Um auch ärmeren Bürgern die Teilnahme an der Rechtsprechung zu ermöglichen, wurden die Geschworenen für ihre gerichtlichen Pflichten bezahlt. Es gab keinen vorsitzenden Richter und auch sonst niemanden, der die Leitung innehatte. Die Verhandlungen liefen demgemäß chaotisch ab. Aber wie ungestüm auch immer die Verhandlungen abliefen, als Stimme des Volkes konnte das Gericht nicht irren. Es verhielt sich ebenso wie mit törichten Entscheidungen der Volksversammlung: Justizirrtümer konnten nur durch fehlgeleitete Geschworene zustande kommen.

Dies waren also die wichtigsten Institutionen des Stadtstaates Athen. Für die Verwaltung im Kleinen wurden Jahr für Jahr etwa tausend Staatsbedienstete bestellt. Da immer die Gefahr bestand, dass Stelleninhaber ihre Position missbrauchten, um Geld oder Macht anzuhäufen, bestand das Hauptziel bei der Auswahl der Beamten in der Vermeidung der Korruption. Kompetenz irgendeiner Art wurde hingegen nicht zur Vorbedingung für die Übernahme eines Amtes gemacht. Also ging es auch nicht darum, die befähigste Person auszuwählen. Eine unglückliche Einrichtung, denn das unfehlbare Volk hätte sicherlich die geeignetsten Bürger für jede Stelle gewählt. Aber es war nun einmal so, dass die Beamten durch Los bestimmt wurden.

Kurz zusammengefasst: Es scheint, dass jemand mit Interesse an der Stadtpolitik entweder jederzeit an der Volksversammlung teilnehmen konnte oder per Los bestimmt werden konnte als Ratsmitglied, Geschworener oder Staatsbeamter. Abgestimmt wurde nur, um Gesetze zu genehmigen oder abzulehnen, oder für einen Urteilspruch in einem Strafgerichtsfall.

Jedoch wurden einige wenige erlesene Beamte in ihre Stellung gewählt, nämlich diejenigen, für deren Tätigkeit besondere Fähigkeiten nötig waren: Kriegsführung und Finanzwirtschaft. Auf der einen Seite brauchten die zehn gewählten Generäle, die jedes Jahr wiedergewählt werden konnten, Erfahrung und Expertenwissen. Auf der anderen Seite mussten die Schatzmeister nicht nur klug, sondern auch reich sein, damit sie öffentliches Geld, das durch Misswirtschaft oder Korruption verloren ging, aus ihrem persönlichen Vermögen wiedererstaten konnten. Diese Beamten wurden durch Mehrheitsentscheid der Volksversammlung gewählt. Wir wissen ja bereits, dass die versammelten Bürger sich nicht irren konnten. Wenn also ein gewählter General eine Schlacht verlor, konnte es nur daran liegen, dass er die Bürger betrogen hatte. Bei der Rückkehr musste er also mit Verhaftung, Gerichtsverfahren und Hinrichtung rechnen. Auch die Schatzmeister, deren Konten am Ende nicht stimmten, müssen die Volksversammlung in die Irre geführt haben. Sie mussten das fehlende Geld aus eigener Tasche bezahlen. Trotzdem wurden sie manchmal auch noch hingerichtet, zumindest ist das einmal passiert. Damals wurden neun der zehn Schatzmeister hingerichtet, einer nach dem andern, bis ein Rechenfehler gefunden wurde, gerade noch rechtzeitig, bevor auch den letzten dieses Schicksal ereilt hätte.

Platon war mit diesen Zuständen nicht glücklich. Ihn störten allerdings weniger die Hinrichtungen als die Möglichkeit, dass die arme, ungebildete Menge die Reichen terrorisieren könnte. Jeder Idiot durfte an der Volksversammlung teilnehmen,

und auch wenn die Mitglieder des Rates und der Gerichte älter und mutmaßlich weiser sein sollten, konnten auch halbgebildete Dummköpfe durch das Los bestimmt werden. Wie sollte eine Ansammlung solcher Menschen kluge und sachkundige Entscheidungen treffen? Platons *Gesetze* wollten für Magnesia, die auf Kreta zu gründende Kolonie, die vermeintlichen Fehler von Athen vermeiden. Wir wir noch sehen werden, neigte Platon dazu, „reich“ und „gebildet“ gleichzusetzen.

In Gestalt des Fremden aus Athen legt Platon seine eigenen Vorstellungen davon dar, wie Stellen mit geeigneten Personen zu besetzen seien. Denn die besten Gesetze wären nutzlos, wenn ungeeignete Menschen die öffentlichen Ämter inne hätten. Als allererstes dürfen daher die Richter und die Regierungs- und Verwaltungsbeamten nur von besonders Gebildeten gewählt werden, die zudem eine besondere Ausbildung im Rechtswesen erfahren haben. Nur derart kultivierte Wähler würden sich nach Platons Meinung ein richtiges Urteil bilden können. Durch den Ausschluss der Ungebildeten hielte man diese nur von unvermeidlichen Fehlern ab. Als zweites müssten Kandidaten für ein öffentliches Amt „sowohl selber als auch für ihre Familie eine ausreichende Prüfung von der Kindheit an bis zum Tage der Wahl“ bestehen. Also könnte auch ein Fehlverhalten eines Familienmitgliedes, sogar eines bereits verstorbenen, ein Grund zum Ausschluss des Kandidaten sein.

Das von Platon vorgeschlagene Wahlverfahren, das es allerdings in vielen Varianten gibt, wie wir gleich sehen werden, besteht üblicherweise aus mehreren Etappen. Die erste Phase dient dazu, die offensichtlich ungeeigneten Bewerber aufzuspüren; in den weiteren Phasen dringen die Wähler nach und nach zu den geeignetsten Kandidaten vor. Dadurch können Schnitzer zu Beginn des Wahlprozesses später ausgeglichen werden.

Am wichtigsten für das Überleben und ordnungsgemäße Funktionieren der Stadt wären die Gesetzeswächter, die als erstes und mit der größten Sorgfalt ausgewählt werden müssten. Diese hochgeschätzten Persönlichkeiten müssten mindestens 50 Jahre alt sein und dürften höchstens 20 Jahre lang diesen Dienst versehen. „Wenn aber jemand länger als siebenzig Jahre lebt“, so müsste er in jedem Fall von dem Amt zurücktreten. (Der Fremde aus Athen fügt die nützliche, wenn auch unnötige Bemerkung an, dass ein erst im Alter von sechzig Jahren gewählter Gesetzeswächter höchstens zehn Jahre lang dienen kann.) Platons Plan sieht keine Gewaltenteilung vor: Die Wächter sind für Gesetz und Ordnung in der Stadt zuständig, was unter anderem die Verordnung von Gesetzen, die Verwaltung des Rechtswesens und die Erfassung der Einwohner und ihres Vermögens umfasst. Mit fortschreitender Gesetzgebung in der neuen Stadt würden den Gesetzeswächtern auch neue Aufgaben übertragen werden.

Die Gesetzeswächter garantierten daher Gerechtigkeit und Stabilität und wären somit unentbehrlich für das Überleben der Kolonie. Deswegen müsste ihre Wahl mit besonderer Sorgfalt unternommen werden. Als Urheber und Gründer der neuen Stadt hätten die Bürger von Knosos die moralische Verpflichtung, der flügge werdenden Kolonie durch ihre erste, noch unsichere Phase hindurchzuhelfen. Daher sollte sich die Wächterschaft nach Platons Entwurf sowohl aus Vertretern von Knosos als auch der neuen Stadt zusammensetzen.

Die Anzahl der Wächter sollte ungerade sein, damit knappe Entscheidungen nicht mit einem Unentschieden enden. Dabei sollten die Siedler, die ein größeres Interesse an der Zukunft der Stadt haben, mit einer Mehrheit an der Gesetzgebung und Rechtsprechung beteiligt sein. Ohne weitere Umstände erklärt der Fremde aus Athen dann, dass es neunzehn Siedler und achtzehn Knosier unter den Gesetzeswächter geben sollte, insgesamt also 37. Warum 37? Dafür liefert der Philosoph keine weitere Begründung, außer dass es sich um eine ungerade Zahl handelt. Und was würde passieren, wenn die achtzehn Knosier nicht bereit wären, ihr bequemes Zuhause mit einer unwirtschaftlichen Kolonie zu vertauschen? In diesem Fall, so Platon, sei es gestattet, sie „durch maßvolle Gewalt dazu [zu] zwingen“.

Während Platon die Gründe für die exakte Anzahl der Wächter im Unklaren belässt, macht er viel genauere Angaben über die Art und Weise der Auswahl. Er schlägt ein dreistufiges Verfahren vor, durch das die Anzahl der Kandidaten nach und nach erst auf 300, dann auf 100 und schließlich auf 37 verringert wird.

Da alle Soldaten eine Ausbildung durchlaufen haben, wären alle Bürger, die Militärdienst abgeleistet haben, wahlberechtigt. Frauen waren übrigens in Platons Überlegungen nicht vom Wehrdienst und damit auch nicht von den Wahlen ausgeschlossen. Nur für das Militär ungeeigneten Dummköpfen wäre das Wählen verwehrt. Die Wahlen würden im Tempel stattfinden und die Stimmzettel auf den Altar des Gottes abgelegt werden.

Jeder könnte wählen und seinem bevorzugten Kandidaten eine Stimme geben, indem er die Namen des Kandidaten und seines Vaters, den Stamm, zu dem er gehörte, und den Stadtteil, in dem er wohnte, auf ein Täfelchen schriebe und es auf den Altar niederlegte. Wählen wäre mitnichten eine geheime Angelegenheit: Der Wähler hätte auf demselben Täfelchen die gleichen Angaben für sich selbst zu vermerken. Wenn jemand Einwendungen gegen ein Täfelchen hätte — aus Abneigung gegen den Kandidaten oder gegen den Wähler —, dürfte er es vom Altar nehmen. Es würde dann dreißig Tage lang auf der Agora, dem Marktplatz, ausgestellt werden, so dass es jeder besehen könnte. Wenn es keinen Einwand dagegen gäbe, würde der zurückgewiesene Kandidat endgültig ausscheiden. So könnte also jeder Bürger ein Vetorecht geltend machen gegen jeden Kandidaten, den er als ungeeignet für das hohe Amt befände. Sobald alle Stimmen abgegeben wären, würden die Beamten die Täfelchen zählen und die Namen der dreihundert Erstplatzierten bekannt geben.

In einer zweiten Runde würden dann die Bürger in der gleichen Weise aus der bereits verminderten Kandidatenmenge noch einhundert aussuchen, und schließlich würden aus dieser noch engeren Wahl in der dritten Runde die 37 Gesetzeswächter ausgesondert werden. An dieser Stelle legt der Fremde aus Athen den Wählern allerdings eine bedeutsame Verpflichtung auf: Bevor sie die dritte, entscheidende Stimme abgeben, sollen die Wähler „zwischen zerstückelten Opfertieren hindurchschreiten“. Diese harmlose Anforderung klingt, als solle sie die Wähler auf die Bedeutung ihrer Aufgabe aufmerksam machen und Gottes Hilfe für eine richtige Entscheidung anrufen, bewirkt aber tatsächlich eine Beschränkung der Wahlmöglichkeit. Denn wer hat genug Geld sich Opfertiere zu leisten und genug Freizeit einen weiteren Tag für die Wahl zuzubringen? Doch nur die reichsten Bürger! Hier beeinflusst Pla-

ton die Wahlen, wenn auch sehr raffiniert, zugunsten der Reichen, denen er, nicht ganz ohne Grund, eine bessere Bildung unterstellt.

An dieser Stelle wird dem Fremden und seinen zwei Gesprächspartnern plötzlich eine Schwierigkeit bewusst: Wie ein nachträglicher Gedanke kommt es ihnen, dass Wahlen auch überwacht werden müssen. Es braucht also auch für die allererste Wahl schon Beamte, um überhaupt Beamte wählen zu können. Wie bei der verflixten Frage nach dem Huhn und dem Ei ist es nicht klar, wie der Prozess in einer völlig neuen Kolonie überhaupt in Gang kommen könnte. Das Problem ist noch drängender, weil laut Platon nach einem Sprichwort „der Anfang [...] die Hälfte des ganzen Unternehmens“ ist. Der Fremde aus Athen fügt zwar hinzu, dass seiner Meinung nach ein guter Anfang sogar noch mehr als die Hälfte des Unternehmens sei, schlägt dann aber eine eher wenig begeisterte Lösung als Starthilfe vor. Bei Ankunft in der neuen Kolonie sollen hundert Knosier und hundert Siedler — jeweils die ältesten und besten aus den beiden Gruppen — einfach die 37 Gesetzeswächter bestimmen. Nach der Überprüfung, dass die ausgesuchten Beamten tatsächlich geeignet sind, dürfen die 82 nicht gewählten Knosier wieder nach Hause zurückkehren und die Siedler müssen zusammen mit den 18 gewählten Knosiern für sich selbst sorgen. Dieser Vorschlag lässt mehr Fragen aufkommen, als er beantwortet. Es ist nicht schwer, die Ältesten in einer Gruppe ausfindig zu machen, aber wie bestimmt man die Besten? Und wenn sie gefunden sind, wie bestimmen sie die 37? Platon beantwortet diese Fragen nicht, sondern schlägt lediglich vor, dass die Knosier und die Siedler die zweihundert Wahlmänner nach bestem Wissen auswählen sollen und dass diese dann die Beamten einsetzen.

Sobald die Gesetzeswächter ordnungsgemäß bestimmt sind, schreitet die Stadt zur Wahl der weniger entscheidenden, aber immer noch wichtigen Amtsinhaber. Als erstes kommen hier die höheren Militärbeamten — Generäle, Kommandeure und Regimentsführer. Die Kandidaten für die Generalsposten werden von den Gesetzeswächtern aus der Mitte der Bürger vorgeschlagen, nachdem sie ihren Hintergrund geprüft und sie für geeignet befunden haben. Jeder, der mit einem Vorschlag nicht einverstanden und der Meinung ist, dass ein Kandidat für das Amt untauglich sei, kann stattdessen einen anderen vorschlagen. Zwischen diesen beiden wird dann eine Vorwahl stattfinden und der Gewinner in die nächste Wahlrunde einziehen. Nach der letzten und entscheidenden Runde werden die drei Kandidaten mit den meisten Stimmen als Generäle eingesetzt. Diese sollen dann zwölf Kommandeure vorschlagen, einen aus jedem der zwölf Stämme. Wieder können Gegenvorschläge gemacht werden mit Vorwahlen, Hauptwahl und Entscheidung. An der Wahl der Generäle kann jeder frühere oder derzeitige Soldat teilnehmen; bei der Wahl der Kommandeure und anderer Stabsoffiziere dürfen dagegen nur die Angehörigen der verschiedenen Armeearten teilnehmen, denen die Offiziere vorstehen sollen: leicht- und schwerbewaffnete Fußsoldaten, Bogenschützen und Reiter. Schließlich werden die niederen Ränge einfach von den Generälen besetzt.

Als nächstes bespricht der Athener die Besetzung des Rates, der die Verwaltung der Stadt regelt und aus 360 Mitgliedern zusammengesetzt sein soll. Diese Anzahl hält der Athener deshalb für geeignet, weil sie dreißig Mal die Anzahl der Stämme (zwölf) und neunzig Mal die Anzahl der Vermögensklassen (vier) ist. Männer ab

dreißig und Frauen ab vierzig sind wählbar. Die Wahlen finden jährlich über fünf Tage hinweg statt, und dafür schreibt Platon ein zweistufiges Verfahren mit einem interessanten Zusatz vor. Der Vorschlag besteht nämlich aus einer Mischung aus einer regelrechten Wahl in zwei Stufen und einem Losverfahren.

Während der ersten Phase, die die ersten vier Tage beansprucht, wird eine Menge von Kandidaten ausgesucht, aus denen am fünften Tag die letztendlichen Ratsmitglieder ausgewählt werden. Während es wünschenswert, aber nicht unumgänglich ist, dass aus jedem Stamm dreißig Mitglieder gewählt werden, müssen unbedingt aus jeder Vermögensklasse neunzig Vertreter bestimmt werden. Am ersten Tag werden also die Kandidaten der reichsten Klasse ausgesucht. Jeder Bürger muss, unter Androhung von Strafe, an der Wahl teilnehmen. Am nächsten Tag werden auf die gleiche Weise die Kandidaten der zweiten Vermögensklasse bestimmt. Wenn am dritten Tag die Kandidaten der dritten Klasse ausgesucht werden, sind dagegen nur die drei ersten Gruppen zur Wahl gezwungen. Die Armen dürfen ihre Stimme abgeben, müssen aber nicht. Am vierten Tag, bei der Wahl der Kandidaten der rmsten Klasse, sind nur die ersten beiden Klassen zur Teilnahme verpflichtet.

Warum schlägt Platon solch ein verwickeltes Verfahren vor? Wieder geht es darum, den gebildeteren Bürgern, also den Vermgenderen, einen größeren Einfluss auf die Zusammensetzung des Rates einzuräumen. Denn einerseits werden die Reichen an allen vier Runden teilnehmen, um die Bußgelder zu vermeiden. Andererseits werden die Armen, die bereits zwei Arbeitstage ihrer staatsbürgerlichen Pflicht geopfert haben, Vieh und Felder nicht länger vernachlässigen können. Das Ergebnis wird sein, dass die ersten beiden Klassen vier Stimmen, die dritte drei und die rmensten nur zwei abgeben. Man beachte, wie der listige Athener sein Ziel erreicht, ohne dass die Armen sich betrogen fühlen! Er schränkt ihr Wahlrecht nicht ein, sondern hält sie nur davon ab es voll auszunutzen, indem er sie sogar glauben macht, dass ihnen etwas geschenkt wird. Und außerdem werden sie genau dann von der Wahl befreit, wenn es um die Wahl ihrer eigenen Vertreter geht. Die Reichen werden also entscheiden, wer für die Armen kandidiert. Kriecher und Ja-Sager dürfen die besten Aussichten haben.

Nachdem die Kandidaten bestimmt sind, wird es nun Zeit, die tatsächlichen Ratsmitglieder auszuwählen. Am fünften Tag dürfen dann wieder alle! Aus der Menge der Kandidaten jeder Vermögensklasse wählen die Bürger durch Mehrheitsentscheid jeweils 180 Männer und Frauen aus. Aber das Verfahren ist noch nicht zu Ende, denn — das ist das Neue — die Hälfte davon, also neunzig aus jeder Vermögensklasse, werden nun zum Dienst im Rat ausgelost. Durch das Zufallselement in der Auswahl der Ratsmitglieder, indem also Gott oder dem Schicksal die letztendliche Entscheidung überlassen wird, kommen mehr Menschen dem Regierungsamt nahe, und gleichzeitig verhindert es Unzufriedenheit („Nichts für ungut, es war Gottes Wille!“).

Platon schränkte für die Armen nicht nur die Stimmen bei den Wahlen ein. Durch die Einteilung der Bürger in vier Vermögensklassen beschneit er auch ihre Vertretung im Rat, ohne dass sie es bemerken würden. Indem er den Besserverdienenden, den Reichen und den Stinkreichen jeweils dieselbe Anzahl an Plätzen zugestand, werden die Armen glauben gemacht, dass sie mit gleicher Stimme im Rat vertreten

seien. Es ist aber eine wirtschaftliche Erfahrungstatsache, dass es stets viel mehr Arme als Reiche gibt. Das heißt, dass die Armen verglichen mit ihrem Anteil an der Bevölkerung unterrepräsentiert sind. Die Genialität von Platons Vorschlag liegt darin, dass die Armen vom Gegenteil überzeugt sein werden.

Als nächstes bespricht der Athener die Überwachung der Stadt und des Staates. Wie ein Schiff, das keinen Augenblick lang ohne Kapitän sein darf, muss die Stadt ständig kontrolliert werden, so behauptet es Platon in Gestalt des Fremden aus Athen. Straßen, Gebäude, Häfen, Brunnen, Tempel und Märkte müssen ständig von den zuständigen Beamten untersucht und in Ordnung gehalten werden. Manche davon sollten gewählt, andere durch das Los bestimmt und dritte durch eine Mischung beider Verfahren eingesetzt werden.

Der erste Sicherheitsdienst, eine Art Polizei, besteht aus sechzig Landaufsehern, fünf aus jedem Stamm, und aus 144 Beauftragten, zwölf aus jedem Stamm. Platon regelt nicht näher, ob die Aufseher und ihre Beauftragten gewählt oder ausgelost werden. Vermutlich würden sich sowieso nicht viele für diese Stellen bewerben, denn die angehenden Polizisten bräuchten einiges an Abenteuergeist, um zwei Jahre in der Wildnis zuzubringen, und durch die notwendige Ausrüstung kämen beachtliche Ausgaben auf die Familien zu. In Gruppen würden sie zwei Monate in einem der zwölf Teile des Landes zubringen. Als ihre Hauptaufgabe sollen sie die Sicherheit der Bürger garantieren, aber auch für die Wasserläufe, die Instandsetzung der Wege und die Sportstätten verantwortlich sein.

Stadtaufseher sorgen dafür, dass die Gebäude den Gesetzen gemäß errichtet werden, dass die Infrastruktur erhalten bleibt und dass Wasser von ausreichender Qualität fließt. Sechs Bürger aus den beiden höchsten Vermögensklassen werden vorgeschlagen, von denen drei ausgelost werden. Sie teilen die zwölf Stadtteile in drei Bezirke ein und jeder nimmt einen davon unter seine Verantwortlichkeit. Marktaufseher überwachen das Gewerbe und den Handel: Sie versuchen Ungerechtigkeiten zu vermeiden und sorgen dafür, dass Betrüger und Verbrecher angemessen bestraft werden. Zehn Kandidaten werden durch Handaufheben aus den obersten beiden Vermögensklassen bestimmt, aus denen fünf durch das Los ausgewählt werden.

Wie es sich für heilige Männer und Frauen ziemt, werden die Priester nicht durch andere Sterbliche gewählt. Ihre Stelle wird entweder vererbt, dann sind Wahlen irrelevant, oder sie werden durch göttliche Vorsehung bestimmt, das heißt durch Los. Nach den Priestern kommen die sogenannten Ausleger, deren Aufgabe darin besteht, die rätselhaften Mitteilungen des Orakels von Delphi zu entschlüsseln. Wie es sich für die unergründliche Gedankenversunkenheit eines Orakels gehört, ist auch die Passage, welche die Auswahl der Ausleger beschreibt, eine der rätselhaftesten in Platons *Gesetze*: „Für die Ausleger aber sollen dreimal je vier Phylen [= Stämme] je vier Bürger vorschlagen, jeden aus ihrer Mitte; und nachdem man die drei, die hierbei jeweils die meisten Stimmen erhalten haben, einer Prüfung unterzogen hat, soll man insgesamt neun Kandidaten nach Delphi senden, damit aus jeder Dreiergruppe einer durch das Orakel bestimmt wird“, erklärt der Athener seinen Zuhörern. Über diese Worte haben Gelehrte jahrhundertlang gegrübelt. Wählen die vier Stämme zusammen vier Personen aus, jeweils eine aus jedem der Stämme, und suchen dann drei von den vieren aus? Oder wählen die drei Gruppen von je vier Stämmen vier

Kandidaten aus irgendeinem Stamm der Gruppe aus und führen dann nacheinander drei Wahlen durch, an denen alle Stämme teilnehmen, und bei denen jedesmal drei der vier Kandidaten gewählt werden? Oder hat jeder Wähler vier Stimmen und die drei Bewerber mit den meisten Stimmen gehen nach Delphi? Oder wählt jeder Stamm getrennt vier Mitglieder seines eigenen Stammes und dann werden drei aus den sechzehn ausgesucht? Erbst kommentiert ein Gelehrter seine Untersuchung dieses Abschnittes mit den Worten: „Falls ich und andere Platon missverstanden haben, hat er sich das an dieser Stelle selbst zuzuschreiben.“ (Trevor J. Saunders, 1972) Es ist erstaunlich, wieviel Tinte für die Versuche zu erraten, was Platon wirklich gemeint hat, verbraucht wurde.

Mit eventueller Ausnahme der Generäle sind Musik- und Tanzrichter, Chorleiter und Aufseher von Schulen und Sportstätten die einzigen Beamten, welche ausdrücklich eine gewisse Fachkenntnis für ihr Amt mit sich bringen müssen. Für die Stellenbesetzung ist hier allein die Erfahrung maßgebend, familiärer Hintergrund und rechtschaffener Charakter sind unwichtig. Einmal im Jahr sind die Bürger mit einer Vorliebe für das jeweilige Thema verpflichtet, an der Wahl dieser Beamten teilzunehmen. Für die Musikämter werden zehn Kandidaten durch Handaufheben bestimmt, aus denen einer durch Los ausgewählt wird. Für die Sportämter werden zwanzig Kandidaten aus der zweiten und dritten Vermögensklasse ausgesucht; die Armen und Stinkreichen sind ausgeschlossen und die Armen müssen nicht einmal an den Wahlen teilnehmen. Drei werden dann durch Los bestimmt.

Schließlich muss ein Aufseher über das Erziehungswesen bestimmt werden. Die Arbeit dieses Beamten ist von höchster Bedeutung für das Entstehen einer guten Bürgerschaft. Die Erziehung der Stadtjugend ist eine Überlebensfrage, daher ist dieser Beamte bei weitem der wichtigste der Stadt. Bei seiner Auswahl muss größte Sorgfalt angewandt werden. Er sollte der beste Mann der Stadt sein (ja, dies ist ein Posten, für den Platon Frauen als nicht geeignet ansah), mindestens fünfzig Jahre alt, Vater von sowohl Söhnen als auch Töchtern und von makelloser Vergangenheit. Da die besten Bürger bereits alle zu Gesetzeswächtern bestimmt wurden, bleibt nichts anderes übrig, als den Aufseher des Erziehungswesens aus ihrer Mitte zu wählen. Er wird für fünf Jahre gewählt in einer geheimen Wahl, an der alle Beamten außer den Ratsmitgliedern teilnehmen.

Zwei Details über die Wahl dieses wichtigsten Beamten sind bemerkenswert: Zum einen werden nur Beamte, die ja in einer vorherigen Wahl auf Herz und Nieren geprüft und als kompetent eingestuft wurden, für fähig erachtet eine solch wichtige Entscheidung zu treffen; nur dieser eingeschränkte Kreis von Personen nimmt also an der Bestimmung des Aufsehers des Erziehungswesens teil. Dadurch entsteht ein Problem: Da es einfach ist, ein paar Menschen zu bestechen, öffnet dies Tür und Tor für Korruption und Einflussnahme von außen. Platon lässt die Möglichkeit der Korruption sogar unter Beamten nicht außer Acht, und um diese Missstände zu unterbinden, schlägt er zum anderen für die Wahl des Aufsehers des Erziehungswesens eine geheime Stimmabgabe vor. Tatsächlich ist dies unter der Vielzahl der Wahlen in Platons *Gesetze* die einzige geheime Wahl. Nebenbei mag der Wunsch nach der Vermeidung von Situationen, in denen eine kleine Anzahl von bestechlichen Wäh-

lern die Einsetzung eines Beamten bestimmt, ein Grund dafür sein, die Teilnahme an den Wahlen verpflichtend zu gestalten.

Bewerber für alle Ämter müssen, nachdem sie durch Los oder Handzeichen bestimmt sind, aber noch bevor sie in ihre Stellung eingesetzt werden, eine strenge Überprüfung durchlaufen. Bei dieser Bewertung werden seine oder ihre eheliche Geburt, ein einwandfreier Stammbaum, makelloser Ruf, Schuldenfreiheit und fehlerfreier Charakter öffentlich untersucht. Hat ein Bewerber nicht den Erwartungen gemäß gelebt, so ist seine Wahl ungültig und das Auswahlverfahren muss wiederholt werden. Aus der Geschichte ist mindestens ein Fall bekannt, in der ein Kandidat verworfen wurde, weil er nicht gut zu seiner verwitweten Mutter gewesen war.

Am Ende der Dienstzeit eines jeden Beamten wird es in seinem Amt eine Rechnungsprüfung geben. Die Existenz eines Untersuchungsausschusses, der die Konten prüft, und die Aussicht, vor ihm erscheinen zu müssen, sollen sicherstellen, dass die Beamten nicht einmal daran denken, sich auf Kosten der Stadt zu bereichern. Falls die Versuchung doch zu groß wäre und ein Beamter die Finger nicht von der Kasse lassen könnte, so sollte der Ausschuss ihn in einem erniedrigenden Verfahren verurteilen, und neben der Erstattung des entstandenen Schaden wäre eine angemessene Geldstrafe fällig.

Als nächstes bespricht der Athener die Einrichtung der Gerichte und der Wahl der Richter, denn „ein jeder Staat würde aber doch sicherlich aufhören, ein Staat zu sein, wenn darin nicht Gerichtshöfe in der rechten Weise eingesetzt wären“. Sobald ein Streit zwischen Bürgern aufkommt, sollte ein Gericht der ersten Instanz aus Freunden und Nachbarn der Streitparteien zusammengesetzt werden, da diese den Fall am besten kennen und beurteilen können. Bisweilen nehmen die Aufseher die Rolle des Richters ein, in schweren Fällen auch von ihren Beauftragten unterstützt. Tatsächlich, so sagt es der Athener, sei jeder Beamter in gewisser Weise auch ein Schiedsrichter, da er im Bereich seines Amtes Entscheidungen treffen müsse und daher von Zeit zu Zeit wie ein Richter handle.

Falls ein Kläger oder Angeklagter mit der Entscheidung der ersten Instanz unglücklich ist, kann er in der Rechtshierarchie einen Schritt weiter gehen und bei einer zweiten Instanz Berufung einlegen. Dies ist nun ein Stammesgericht, dessen Richter bei Bedarf durch Los bestimmt werden. Falls eine der Streitparteien danach immer noch unzufrieden ist, kann bei der dritten und höchsten Instanz, dem obersten Gerichtshof, Berufung eingelegt werden. Die obersten Richter müssen über jeden Zweifel erhaben sein. Sie dürfen nicht von irgendjemandem, sondern nur von Bürgern mit tadellosem Charakter gewählt werden, die sich zudem gut mit den Gesetzen auskennen. Wie kann man beide Bedingungen besser sicherstellen als dadurch, dass die Beamten die Richter aus ihren eigenen Reihen wählen? Also schlägt der Athener vor, dass jede Gruppe von Beamten einen aus ihrer Mitte auswählt, um am höchsten Gericht Dienst zu tun, „nämlich den, der [...] erkennen lässt, dass er am besten und gottgefälligsten die Prozesse seiner Mitbürger im kommenden Jahr schlichtet“. Dieses Gericht wird also aus einem Landaufseher, einem Marktaufseher, einem Musikrichter, einem Sportstättenverwalter und so weiter zusammengesetzt sein. Die obersten Richter am Gerichtshof fällen ihre Urteile durch Mehrheitsentscheid.

Für die wahrhaft schwerwiegenden Fälle, wenn zum Beispiel ein Bürger einer Ungerechtigkeit gegenüber der Stadt angeklagt wird, müssen spezielle Strafgerichte eingesetzt werden. Drei hochrangige und mit Zustimmung des Klägers und des Beklagten ausgesuchte Beamte stehen den Verhandlungen vor. (Falls sich Kläger und Beklagter nicht auf drei Beamte einigen können, so entscheidet der Rat.) Sie treffen aber keine Entscheidung, sondern die versammelten Bürger stimmen öffentlich für oder gegen eine Verurteilung ab. Es ist merkwürdig, dass Platon trotz aller Zweifel auf genau die Einrichtungen zurückkommt, welche seinen verehrten Lehrer Sokrates zum Tode verurteilten.

Die drei Männer führen ihr Gespräch über Stunden hinweg, wobei der Athener nahezu alles auf Erden bespricht: Familienangelegenheiten, Eigentumsgesetze, Erziehung, Religion, Ernährung, Sex und viele andere Themen, aus denen sich das Sozialgefüge einer Stadt ergibt. Seine Vorschläge, wie die Stadt geführt werden soll, wirken allerdings oft wie ein aus dem Hut gezaubertes Kaninchen, als wären sie gerade während des schönen Spaziergangs erfunden worden. Warum zehn Musikrichter und zwanzig für Sportkämpfe, warum wird manchmal gelost und ein andermal nicht, warum wird Vermögen auf das Vierfache der Armutsgrenze und nicht auf das Fünffache begrenzt? Die Vorschläge des Fremden bieten gute Ideen, aber nicht unbedingt die besten. Die beiden Zuhörer nehmen sie zwar in Ehrfurcht auf, aber mancher Vorschlag dürfte ihnen nur wegen der Autorität des Atheners so genial erscheinen.

Schließlich kommen sie an ihrem Bestimmungsort an und müssen sich trennen. Der Fremde aus Athen gibt noch ein paar letzte Ratschläge, bevor er sich auf den Weg macht. Platon kann die Abhandlung aber nicht ohne ein gewisses Selbstlob schließen. Kleinias und Megillos sind niedergeschlagen, denn sie stellen fest, dass sie es ohne die Hilfe des Fremden nie schaffen werden, die neue Stadt zum Blühen zu bringen. Megillos hat eine Idee: „Nach allem, was wir hier besprochen haben“, wendet er sich an Kleinias, „müssen wir entweder die Gründung dieses Staates aufgeben, oder wir dürfen unsern Gastfreund da nicht fortlassen, sondern müssen ihn durch Bitten und alle möglichen Mittel zum Mitarbeiter an dieser Staatsgründung gewinnen.“ „So will ich es machen“, kommt die Antwort.

Und damit endet das Gespräch.

ZUSÄTZLICHE LEKTÜRE

Der Staat

Was ist Gerechtigkeit? Dies ist die erste Frage, die sich Platon in dem etwa dreißig Jahre vor *Gesetze* geschriebenen *Der Staat* stellt. Er lässt Sokrates, die Hauptperson in *Der Staat*, diese Frage im Zuge eines langen Gesprächs mit einer Gruppe von Menschen untersuchen. Kephalos riskiert die Definiti-

on, dass Gerechtigkeit einfach darin bestehe, die Wahrheit zu sagen und seine Schulden zu bezahlen. Diese Antwort ist zu schlicht und Sokrates (d.h. Platon) begegnet ihr schnell mit dem Beispiel von jemandem, der ausgeliehene Waffen an einen in der Zwischenzeit wahnsinnig gewordenen Freund zurück-

gibt. Sicher wäre es doch ungerecht, ihm die Mittel zum Selbstmord in die Hand zu geben? Polemarchos wagt sich darauf an die Definition von Gerechtigkeit als darin bestehend, Freunden Gutes zu tun und seinen Feinden Strafe zuzumessen. Aber Sokrates erwidert, dass es den Bestrafer selbst ins Unrecht setzt, wenn er Feinde verletzt, und so kann auch dies nicht die richtige Antwort sein. An dieser Stelle kann sich Thrasymachos, ein Sophist, der sein Geld durch philosophische Ratschläge verdient, nicht länger zurückhalten. Er platzt mit einer betörend einfachen Antwort heraus: Was Gerechtigkeit ist, entscheiden die Herrschenden. Das ist nun wahrlich ein Schuss ins Schwarze, und ein ausgewachsenes Streitgespräch mit kaum und manchmal gar nicht versteckten Beleidigungen in beide Richtungen bricht aus. Schließlich weist Sokrates darauf hin, dass es möglich sei, dass ein dummer Regent auch Gesetze erlasse, die ihm zum Schaden gereichen könnten. Wäre es dann wirklich gerecht, gemäß der durch den Regenten erfolgten Festsetzung von Gerechtigkeit, wenn die Bürger die Gesetze befolgten, auch wenn dies letztendlich zur Absetzung des Regenten führte? Kaum. Thrasymachos errotet und schleicht sich davon.

An einer Stelle kommt das Gespräch vom Hauptthema ab, als einer der Gesprächspartner die Frage aufbringt, ob Gerechtigkeit überhaupt ein lohnendes Ziel sei, um das man sich tatsächlich bemühen sollte. Wenn alle gerecht sind, könnte ja ein Ungerechter einen Vorteil daraus ziehen. Zahlt sich Ungerechtigkeit aus? (In dieser Überlegung wird die Spieltheorie des 20. Jahrhunderts vorweggenommen.) Sokrates, der nie um ein Gegenbeispiel verlegen ist, weist darauf hin, dass sogar eine Die-

besbande keine erfolgreiche Bande sein kann, wenn unter ihnen Ungerechtigkeit herrscht. Gerechtigkeit ist also sogar unter Dieben höher anzusetzen als völlige Ungerechtigkeit.

Schließlich gibt der Philosoph die Antwort, auf die alle warten. Gerechtigkeit bedeute, eine gerechte Ordnung aufrechtzuerhalten: Jeder solle das tun, was er am besten kann, und sich aus den Angelegenheiten der anderen heraushalten. Wenn jeder Bürger das Seinige tue, nicht weil es ihm befohlen wurde, sondern weil er es gerne tut, dann wird Gerechtigkeit herrschen. Bürger würden sich gegenseitig kein Leid antun und der Staat wird aufblühen, weil Gerechtigkeit zu Harmonie und Eintracht führt. Ungerechtigkeit, auf der anderen Seite, führt zu Zwietracht und Aufruhr.

Nachdem diese gewichtige Frage gelöst ist, geht es als nächstes darum, wie der Staat so organisiert werden kann, dass tatsächlich Gerechtigkeit herrscht. Wie von Platon ins Auge gefasst, sollte der ideale Staat hinreichend groß sein, damit eine effektive Arbeitsteilung erfolgen kann, aber klein genug, dass jeder Bürger an den Staatsangelegenheiten ein lebendiges und aktives Interesse haben könne. Jeder hätte eine ihm zugewiesene Rolle, die er nach bestem Wissen und Gewissen ausfüllen solle. Und was für eine Rolle könnte das sein? Platon sieht drei Arten von Bürgern vor. (Sklaven machten zwar einen beachtlichen Anteil der Bevölkerung aus, waren aber von der Betrachtung ausgeschlossen.)

Als erstes müsste es die Politiker geben, die Platon „Wächter des Staates“ nennt. Sie sind Philosophen, deren Weisheit eine gerechte und angemessene Regierung garantiert. Als Vorbereitung für ihre Aufgabe würden sie eine lange und strenge Erziehung über sich ergehen las-

sen, die bereits in der Kindheit startet. Als Kindern und Jugendlichen sollte es ihnen nicht erlaubt sein Romane zu lesen, da dies ihre Fähigkeit zu denken und vernünftig zu argumentieren vernebeln würde. Nach der Volksschulbildung und einem verpflichtenden Militärdienst würden zehn Jahre Mathematikunterricht und fünf Jahre Logiktraining folgen. Die dann 35jährigen angehenden Wächter würden dann in eine fünfzehnjährige Lehre im Führen der Staatsgeschäfte einsteigen. Im Alter von 50 Jahren wären sie dann bereit, dem Staat als Philosophen-Könige zu dienen, indem sie Gesetze erlassen, Streitfragen schlichten und Recht sprechen. Persönlicher Besitz wäre ihnen nicht gestattet.

Als zweites gäbe es die Berufssoldaten. Die Mitglieder dieses Standes stellen die Polizei und die Armee. Ihre Aufgabe bestünde darin, die bestehende Ordnung aufrecht zu erhalten und den Staat gegen Angreifer zu verteidigen. Die Eigenschaft, durch die sie sich auszeichnen müssten, ist Tapferkeit. Diese Bürger würden ihr Leben der Gemeinschaft widmen und dürften, wie die Philosophen-Könige, keinen persönlichen Reichtum besitzen. Wohnung, Verpflegung und Kleider würden vom Staat gestellt werden, so dass sie sich über materielle Bedürfnisse keine Sorgen zu machen bräuchten. Alles, was sie benötigen, würde ihnen der Staat zur Verfügung stellen.

Moment bitte — tritt Platon hier für eine frühe Art des Kommunismus ein, über zweitausend Jahre bevor Karl Marx *Das Kapital* schrieb? Nun, fast, aber nicht ganz. Im Gegensatz zu Marx erkannte Platon, dass nicht jeder bereit ist die Freuden des persönlichen Besitzes aufzugeben, und er schlug deshalb nicht die gänzliche Abschaffung des Pri-

vateigentums vor. Daher gibt es noch eine dritte Art von Bürgern.

Dieser Stand, der größte von den dreien, würde aus all denen bestehen, die nicht zu den ersten beiden Gruppen gehören. Da für die Verwaltung und die Verteidigung des Staates bereits gesorgt ist, bleibt als Aufgabe die Wirtschaft in Gang zu halten. Sie würden also produzieren, bauen, transportieren und handeln. Bauern und Handwerker fallen in diese Kategorie, aber auch Ärzte, Händler und Seeleute. Dies sind Bürger, die nicht ohne Besitz auskommen. Platon erlaubt ihnen persönliches Eigentum, allerdings in Maßen. Er bestimmt das materielle Existenzminimum für eine Familie, und aller Reichtum, der das Vierfache davon überschreitet, wird vom Staat eingezogen.

Platon plant kein Kastensystem. Die Zuteilung zu einem der drei Stände würde nach Veranlagung, nicht nach Geburt entschieden. Je nachdem, welche der drei Tugenden Weisheit, Tapferkeit und Besonnenheit am ausgeprägtesten in einem Kind ist, bestimmt sich sein zukünftiger Weg. Die Kinder des dritten Standes könnten also Wächter oder Soldaten werden wie auch die Nachkommen der ersten beiden Stände Privateigentümer werden könnten. Übrigens unterscheidet Platon in dieser Hinsicht nicht zwischen Frauen und Männern: Jeder Bürger konnte jede Stellung im Staat erreichen, unabhängig vom Geschlecht, und es könnte sehr wohl Philosophinnen-Königinnen geben.

Nachdem die Gesellschaft passend aufgeschichtet ist, stellt sich die Frage, welche Regierungsform am besten für sie geeignet ist. Platons bevorzugte Form war die Aristokratie. Übersetzt als „Regierung der Besten“ ist sie weit entfernt von dem Feudalsystem des europäischen